

*Liebe Leserinnen und Leser!*



## VOM BREMSEN UND VOLLGASGEBEN WIE ERREICHEN WIR KLIMASCHUTZZIELE?

**D**ie für Österreich rechtlich verankerten Ziele sind die Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 um 36% und die Dekarbonisierung des Energiesystems in der 2. Hälfte des 21. Jahrhunderts. Sie sind im EU-Recht und im Pariser Klimavertrag festgeschrieben.

**Jetzt geht es um die Zielerreichung**, Jahr für Jahr, Sektor für Sektor, Tonne für Tonne.

**Der Gebäudesektor** beispielsweise hat seine Emissionen von 1990 bis 2016 um 4,8 Mio t CO<sub>2</sub> gesenkt, muss aber noch mehr tun. Die #mission2030 verlangt eine weitere Senkung um 3 Mio t CO<sub>2</sub>. Ich halte es für realistisch, dieses Ziel zu erreichen, wenngleich natürlich die dafür erforderlichen Anstrengungen beträchtlich sein werden. Die Wärmestrategie ist bereits in Ausarbeitung. Als ihre Hauptsäulen zeichnen sich eine verstärkte Gebäudesanierung (Hülle und Heizung), Abwärmemanagement (Abwärmerückgewinnung in Kombination mit Wärmepumpe und Solarwärme) und der Einstieg in Greening the Gas ab.

**Der Verkehrssektor** soll laut #mission2030 bis 2030 um 7,2 Mio t CO<sub>2</sub> pro Jahr weniger emittieren. E-Autos und Gasantriebe, insbesondere im Lkw-Bereich, sehe ich als Fixstarter. An der Notwendigkeit der Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel führt kein Weg vorbei. Das sage ich als praktizierender Öffi-Fahrer, der wie andere froh ist, noch einen Stehplatz zu erobern.

**Auch der Agrarsektor** hat seine Emissionen seit 1990 um 1,4 Mio t bzw 14,1% gesenkt und wird sich der Herausforderung Dekarbonisierung umfassend stellen müssen. Der Landwirt kann Energie für den eigenen Bedarf produzieren. Sein Beitrag in der #mission2030 ist noch nicht beziffert.

**Dies gilt auch für das Gewerbe.** Im Gewerbe wird die Eigenproduktion von Strom breit einsetzen. Der Wegfall der „Eigenstromsteuer“, den die WKÖ seit langer Zeit forderte, wird ab 2020 für Gewerbetreibende und Landwirte beschleunigend wirken.

**Der Sektor Industrie und Energie** (im ETS erfasst) muss schon nach der gültigen Beschluss- und Rechtslage den größten Beitrag schultern: minus 43%. Hier ist eine richtige Dosierung des Tempos entscheidend. Im Wesentlichen stehen zwei Optionen zur Verfügung: Primär werden technologische Verbesserungen angepeilt. Gibt es diese nicht im erforderlichen Ausmaß, bleibt das geographische Ausweichen als ultima ratio. Dieses gilt es – auch im Interesse des Klimaschutzes! – zu verhindern.

**Das Ziel der EU-28 beträgt minus 40% bis 2030.** Nun möchte das Europäische Parlament das Ziel auf minus 55% hochschrauben. Das ist unrealistisch und unseriös. Es ist aber auch gefährlich, da sich die energieintensive Industrie die daraus resultierenden Kosten für CO<sub>2</sub>-Käufe nicht leisten kann. Mittlerweile gestehen auch NGOs zu, dass die Vertreibung der energieintensiven Industrie aus Europa nicht sinnvoll ist. Wir brauchen sie als Zugpferd der Dekarbonisierung. Ganz abgesehen von den Auswirkungen auf politische und soziale Stabilität, die das Verlagern von Kapazitäten aus Europa, weg in andere Wirtschaftsräume hätte. Das kann niemand wollen.

**Daher auch meine scharfe Ablehnung** des Parlamentsbeschlusses. Das hat nichts mit Bremsen zu tun. Wenn ich rasch ans Ziel will, bremsen ich vor einer engen Kurve ab, um nicht aus der Spur hinauszufiegen. Der Parlamentsbeschluss gleicht einem Vollgasgeben vor der Einfahrt in eine enge Kurve.

**Manche wünschen sich eine CO<sub>2</sub>-Steuer.** Wer soll diese zahlen? Die Industrie, die aus Eigeninteresse Energiekosten einspart, wo sie kann, und im CO<sub>2</sub>-Emissionshandel ohnedies für Emissionen bezahlen muss? Die Bürgerinnen und Bürger, damit sie nicht mehr Auto fahren? Auch die Klimapolitik muss – wie jede andere Politik – in der Demokratie die Bevölkerung hinter sich haben.

**Es ist ein Faktum, dass viele Menschen für ihre Bedürfnisse** auf das Auto angewiesen sind – für die Kinder, für die Betagten, zum Einkaufen, für soziale Erfordernisse aller Art, im ländlichen Raum noch mehr als im verdichteten urbanen Raum. In Frankreich sieht man, wie ein Teil der Bevölkerung reagiert, wenn man ihm den Treibstoff um einige Cent verteuert – jetzt muss die Politik enorm zurückrudern.

**Zu behaupten, fossile Energie sei nicht besteuert** und deshalb brauche es die CO<sub>2</sub>-Steuer, ist falsch. Wir zahlen pro Jahr 9 Mrd Euro an Energie- und Umweltsteuern. Zu den Energiesteuern zählen die Kohleabgabe, die Erdgasabgabe, die Mineralölsteuer und die Elektrizitätsabgabe. Weitere Umweltabgaben sind die Altlastenabgabe und ein ganzes Bündel an Steuern für Pkw und Lkw. Dazu kommen rund 800 Mio Euro jährlich für den Ökostrom. Für die Autobahnbenutzung hebt der Staat rund 2 Mrd Euro ein. Seit 1995 hat sich das Gesamtvolumen der Energiesteuern fast verdoppelt.

**Vollgas geben – ohne aus der Kurve hinauszufiegen – können wir** in vielen Bereichen. Dazu nur einige wenige Beispiele:

- Abbau unsinniger Hürden für die Nutzung der Solarenergie im Wohn- und Anlagenrecht.
- Neue Technologien der Speicherung entwickeln und in den Markt bringen.

- Die Digitalisierung wird es möglich machen, Entnahmen und Zufuhren in die Netze „auf die Minute genau“ zu takten.
- Strom-, Gas- und Wärmenetze werden durch Schnittstellen verknüpft.
- Neue umfassende städtische Wärmekonzepte nach dem Vorbild von Big Solar in Graz neben fossiler Wärme.
- Jeder kann mitmachen, auch als Investor – Green Finance ist potenziell ein großes Spielfeld.
- Verbraucher (Gewerbe, Industrie, Gebäude) produzieren und speichern Energie.
- Wie schon erwähnt: der Ausbau der Öffis.

**Manche behaupten, die #mission2030 reiche nicht aus,** um die Ziele zu erreichen. Das hat aber auch niemand behauptet. Auf die #mission2030 folgen das „Erneuerbaren Ausbau Gesetz“ (EAG), ein verbessertes Energieeffizienzgesetz und, und, und.

**Zum EAG beschloss die Bundesregierung ein umfassendes Eckpunktepapier,** das von den meisten Stakeholdern begrüßt wurde. Nun folgt die legislative Ausarbeitung. Ein Ausbau in Richtung 100%, gepaart mit mehr Kostenbewusstsein, ist das Ziel. Das soll – schlagwortartig formuliert – durch Innovation, Integration und Investition gelingen.

**Kann Österreich, kann die EU das Weltklima retten?** Natürlich nicht, das geht nur gemeinsam, das ist der Sinn des Pariser Klimavertrags. Ob wir unseren österreichischen Anteil (0,2%) um ein bisschen weniger oder mehr reduzieren, ist nicht entscheidend, nicht einmal, ob wir den EU-Anteil um 40 oder 55% reduzieren. Die Auswirkungen auf das Weltklima sind im ersten Fall null und im zweiten Fall marginal.

**Wenn wir dem Weltklima helfen wollen, dann indem wir aufzeigen, wie Wohlstand und Dekarbonisierung Hand in Hand gehen können.** Die Meinung, Klimaschutz ist zu teuer (USA), kann letztlich nur durch wirtschaftlich erfolgreichen Klimaschutz widerlegt werden. Wenn Europa dafür das „role model“ sein wird, erweist es dem Klimaschutz den größten Dienst.



Stephan Schwarzer